

2

Das Ringen um
das Schicksal
der Ukraine

8

Rückblick:
Hauptversamm-
lung des DBwV

10

Rat für Auswärtige
Angelegenheiten
stärkt Verstei-
digungsbereitschaft

12

Deutsche Offizier-
anwärter studie-
ren im Ausland

14

Birds Group – das
neue Innovations-
netzwerk

15

Einführung
„SVI-Connect“ für
die Verteidigungs-
industrie

Innovationspotenzial bündeln

Das Heer richtet die „Birds Group“ ein

Das Ringen um das Schicksal der Ukraine

Von Manfred Opel

Putins „Neue Liebe“

Sein Name ist Kirill Alexandrowitsch Dmitrijew. Er ist zwar Russe, jedoch gebürtiger Ukrainer und er spricht neben Russisch auch fließend Ukrainisch sowie Englisch. Er ist 50 Jahre alt und aktuell Wladimir Putins „Neue Liebe“, was politische sowie finanzielle Fragen und internationale Beziehungen angeht. Vor allem im Angesicht der bevorstehenden schwierigen Verhandlungen über das Schicksal der Ukraine setzt Putin voll auf ihn. Selbst die früher „bei Hofe“ im Kreml so beliebte, heute 62-jährige Chefin der russischen Zentralbank, Elwira Sachipsadowna Nabiullina, kann da nicht mehr mithalten. Ihre nicht verborgen gebliebene Kritik am Überfall auf die Ukraine hat sie inzwischen auf allerhöchster Ebene Zuneigung gekostet.



Als in Harvard ausgebildeter Vertrauter Putins, der sich in internationalen Geld-Angelegenheiten umfassend auskennt, hat es Dmitrijew „an die intime Seite“ des Kreml-Chefs geschafft. Mit ihm führt Putin umfassende Vier-Augen-Gespräche, fährt oder fliegt sogar „privat“ mit ihm ins Wochenende oder zu Besuchs-Terminen und zudem darf Dmitrijew inzwischen „persönliche Aufträge“ Putins erledigen. Mehr an Vertrauen geht nicht.

Putins neuer Favorit ist mehr als 10 cm größer als er selbst. Doch obwohl sich der russische Staatschef nicht sehr gern mit Menschen umgibt, die größer sind als er selbst, gilt in diesem Fall wohl eine Ausnahme. Auch das spricht mehr als alles andere für den „Neuen“.

Zudem will es ein günstiger Zufall, dass Dmitrijew inzwischen von Putin selbst ganz offiziell zum „Sonder-bevollmächtigten Gesandten“ der russischen Regierung ernannt wurde. In dieser Eigenschaft führt er derzeit allein oder zusammen mit einem kleinen, gut Englisch sprechenden Team von rund fünf bis sieben „verschworenen“ russischen Spitzen-Leuten, das er selbst ausgesucht hat und das von Putin persönlich bestätigt wurde, mit den Amerikanern auf Regierungs-Ebene sämtliche Vorgespräche bezüglich des zukünftigen Schicksals der Ukraine. Putin setzt mithin uneingeschränkt auf ihn – und das weiß und schätzt Dmitrijew. Sein Ehrgeiz reicht jedoch deutlich erkennbar über seine aktuelle Aufgabe hinaus.

Als russischer Beamter ist er im Grundsatz sämtlichen Vorschriften, die für die Kreml-Nomenklatura gelten, uneingeschränkt verpflichtet. Doch Putin hat ihn unterdessen von allen diesen Berichts- und Sicherheits-Pflichten gegenüber der russischen Staats-Verwaltung, der Dmitrijew formal angehört, mittels eines Geheim-Erlasses von Mitte 2025, ausdrücklich dispensiert. Seine Pläne und Aufträge kennt allenfalls das Büro des Staatspräsidenten. Dmitrijew selbst berichtet ausschließlich und direkt an Putin.

Der Auftrag

Anders als sein 68-jähriger US-Counterpart Steve Witkoff hat Kirill Dmitrijew herausragende politische und internationale Verwaltungserfahrung. Sein Verhandlungsgeschick ist legendär. Es würde sicherlich niemand verwundern, wenn Putin ihn, was die Lösung des Ukraine-Problems angeht, auch zum alleinigen Chef-Unterhändler ernennen würde. Dmitrijew selbst weiß natürlich auch ganz genau, dass er in seinem ganzen Leben nur eine einzige derartige, nämlich diese Chance erhält.

Er soll politisch das schaffen, was Putin bisher „im Felde“ versagt blieb. Das bedeutet, den ersten Teil des Angriffs auf die Ukraine wenigstens einigermaßen positiv für Russland zu gestalten sowie ihn notfalls auch nur zu unterbrechen, um neue militärische, personelle und vor allem wirtschaftliche Kraft schöpfen zu können.

Putin gibt sein strategisches Fern-Ziel niemals auf. Die Ukraine und später dann wohl auch andere europäische Staaten, sollen schrittweise erobert oder – viel besser noch – auf freiwillige Art und Weise in einen eigenen „Neuen Freien Russischen Bund“ eingefügt werden. Putin lauert in diesem Zusammenhang vor allem darauf, dass demnächst zahlreiche europäische Potentaten, die Gefahr laufen, abgewählt zu werden, ihr Land unter das „sichere Dach“ des Kremls ziehen wollen. Für ein solches strategisches Signal gibt es im Kreml bereits umfassende liberale Konzepte. Die „Neuen“ sollen nämlich im Euro- und Dollar-Raum bleiben. Damit könnte Putin zahlreiche Sanktionen ausbremsen und er hätte zudem vollen Zugriff auf die westlichen Welt-Währungen. Auch für diese Aufgabe wäre, im Anschluss an die angestrebte Zwischenlösung des Ukraine-Problems, Kirill Dmitrijew der richtige Mann. Außerdem brächte eine solche Öffnung massenweise gutes Geld zusätzlich nach Moskau, das dort dringend benötigt wird.

Putin ist noch immer fest entschlossen, eine im Zuge der „Lösung der Ukraine-Frage“ mögliche zukünftige Friedens- oder Waffenstillstands-Vereinbarung nur so lange einzuhalten, bis er seine Streitkräfte wieder voll auf- und ausgebaut hat. Damit würde er dann sogar mit Aussicht auf Erfolg gegen den Westen, gegen den Süden sowie vielleicht sogar gegen den Norden marschieren können. Der dafür geschätzte Zeiteinsatz soll allenfalls drei bis vier Jahre betragen.

Aber Putin hat – und das ist politisch extrem wichtig – auch eine freiheitlich geprägte Option, denn schließlich tut Putin seit Jahren nichts anderes als vielversprechende politische Optionen zu sammeln. Das gilt sicherlich auch für seine persönliche Zukunft.

Vorbilder dafür könnten die beiden Minsker sog. „Friedens-Vereinbarungen“ aus den Jahren 2014 und 2015 sein, doch beide verdienten diese Bezeichnung von Beginn an nicht. Dementsprechend scheiterten sie in katastrophaler Art und Weise unmittelbar nach ihrer Unterzeichnung. Dies war zu jener Zeit ein konstruierter Fehlschlag. Das geschah schon damals nach dem typischen „Putin-Konzept“. Anders würde der Kreml-Chef auch heute nicht vorgehen wollen.

Doch Sicherheiten gab es in Minsk für keine Seite. Am Verhandlungstisch saß damals auch Deutschland, vertreten durch Angela Merkel, die sich in dieser Frage als heillos überfordert erwies. „Ruhm“ erntete die damalige deutsche Regierung damit weder in Europa noch in der NATO. Und seither misstrauen die Amerikaner den Europäern zutiefst. Putin war bereits damals äußerst glücklich, dass er die „liebe Angela“ komplett um den Finger wickeln konnte. Und so sind die Minsker Abkommen für Putin die faktischen Blaupausen des heute erarbeiteten sog. Ukraine-Friedensvertrages.



Die strategische Miniatur-Welt der Europäer

Da darf sich dann auch niemand wundern, wenn Putin dem Westen heute erneut die bis ins Detail gleiche „Friedens-Formel“ verkaufen möchte, mit der er bereits zweimal die selbstherrlichen Europäer (und wohl auch die Amerikaner) so einfach wie umfassend über den Tisch ziehen konnte.

Putin hat in der Folge zudem offensichtlich gelernt, dass der Westen alles unternehmen wird, um einer direkten kriegerischen Konfrontation mit Russland nach Möglichkeit zu entgehen. Diese überdimensionale Angst haben die Europäer insbesondere deshalb, weil sie bis heute der gewaltigen Nuklearmacht der Russen nichts Gleichwertiges entgegensetzen vermögen.

Das ist ein strategisches, europäisches Loch „by design“.

Genau diese strategische Abwesenheit von Abschreckungsmöglichkeiten, von Mut und Entschlossenheit der Europäer ist es jedoch auch, die den Kreml-Chef ermuntert, diesen Mangel Europas in Zukunft entschlossen sowie exzessiv auszunutzen.

Der Kreml-Herrscher will jedoch derzeit nichts sehnlicher als mit absoluter Priorität etwas Zeit zu gewinnen, um seine militärische Kampfkraft erneuern zu können. Zudem will er die Wirtschaftskraft seines Landes, die in den zurückliegenden vier Jahren dramatisch gelitten hat, möglichst schnell wieder aufbauen. Das wird – so hofft er – in maximal zwei bis drei Jahren möglich sein.

Und da Donald Trump so töricht war, es sich mit den Europäern gründlich zu verderben, setzt Putin erneut auf seine Lockrufe Richtung Europa, wo einige ihre Antennen bereits voll in Richtung Moskau ausgerichtet haben.

Doch am Gelingen dieses Vorhabens gibt es, das kann man aus Erfahrung sagen, erhebliche Zweifel. Russland wird wohl, trotz aller europäischen Hilfe, mehrere Jahre benötigen, um zu alter Stärke zurückzufinden. Seine entsprechenden industriellen Kapazitäten gibt es heute einfach nicht bzw. nicht mehr. Russland ist, was eine moderne industrielle Produktion angeht, extrem rückständig, sodass man noch nicht einmal ein modernes Auto oder ein modernes Flugzeugtriebwerk bauen könnte. Das ist Russlands echter wirtschaftlicher Alltag.

Die politische Kernfrage ist demnach, ob Putin den Europäern in Zukunft ein Angebot machen kann, das diese nicht ablehnen können. Denn schließlich sieht Putin in den USA und nicht in West-Europa seinen hauptsächlichen strategischen Widersacher. Und Präsident Trump hat sich als „Wachs in den Händen Putins“ erwiesen.

Sein gewinnendes Wesen und seine Weltgewandtheit brachten Dmitrijew (li.) in beste Gesellschaft – unter anderem von Donald Trumps Sondergesandten Steve Witkoff.



Putin sieht zu Recht den schnellen wirtschaftlichen Aufbau Russlands mit seinem eigenen Schicksal verknüpft. Jeder noch so kleine Misserfolg bei der Bewältigung dieser großen Aufbau-Aufgabe würde die politische „Zauberkraft“ Putins infrage stellen. Deshalb besteht das Kern-Ziel Putins bezüglich der Ukraine derzeit aus mehreren, international wohl weitgehend durchsetzbaren Elementen:

1. Anerkannte Annexion der (Ost-) Ukraine und der Krim durch Russland
2. Vollständige militärische Entwaffnung der Ukraine
3. International (auch von Russland) überwachte Neuwahlen in der Ukraine
4. Ausbeutungsrechte bezüglich der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte
5. Verzicht der Ukraine auf Kriegs-Entschädigung

Putin will es jetzt allen sofort und endgültig beweisen. Er will zeigen, wozu er fähig ist. Doch ein solch selbstgemachter Zwang hat sich in der Geschichte zumeist als kontraproduktiv erwiesen. Eine Überforderung der Ukraine kann sogar zum Gegenteil dessen führen, was Putin beabsichtigt.

Deshalb wäre er gut beraten, diesmal nicht raffgierig zu sein. Die entscheidende Frage ist dabei nur, ob er, der „gelernte Selbstsichere“, es diesmal schafft, seine Gier im Zaum zu halten.

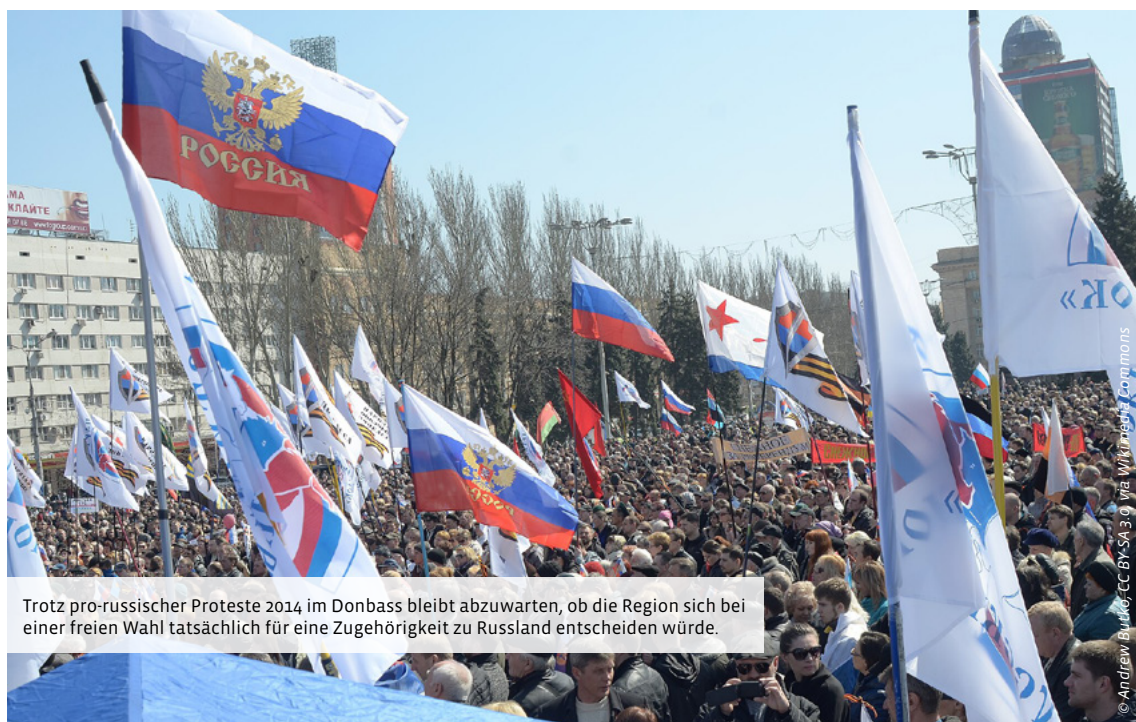
Die Prognose dafür ist – aus gutem Grund – eher negativ.

Der neue Anlauf

Nicht zuletzt, um zugleich seine Risiken zu minimieren, will es Putin diesmal politisch deutlich besser machen als in den Jahren 2014 und 2015 bei den beiden Minsker Abkommen, die ebenfalls Frieden für die Ukraine bringen sollten; und die jedoch aus seiner Sicht dramatisch scheiterten.

Das Minsker Protokoll (Minsk I) wurde zwar am 5. September 2014 auch von Putin unterzeichnet, doch eingehalten haben es seine Verbündeten, die ostukrainischen Separatisten, nie. Danach erkannte Wladimir Putin – ganz nach Plan – die Unabhängigkeit der Separatistengebiete an. Er brach damit ganz bewusst die von ihm kurz vorher selbst mit abgeschlossenen Minsker Abkommen.

Übrigens ist es sehr wohl eine entscheidende Frage, ob die ost-ukrainischen Separatisten ein Teil Russlands werden und bleiben wollen.



Der in der Folge in Minsk abgesprochene, formlose Waffenstillstand hielt anschließend nur bis zum 22. Februar 2022. Zwei Tage später begann Putin seine umfassende Invasion gegen die Ukraine mit einem russisch-belarussischen Vorstoß gegen Kiev. Alles das war zwar bis ins Detail geplant. Dieser Blitz-Überfall gegen die Ukraine scheiterte jedoch vollkommen. Und seither versucht Putin diese „Scharte“ seiner Politik auszuwetzen.

Angeblich jagten damals die russischen Soldaten und Freischärler – massiv unterstützt von belarussischen Kräften – diesmal ukrainische Nazis. Putin ließ ein großes weißes „Z“ auf alle seine Invasions-Gerätschaften und Waffen pinseln, das angeblich für den russischen Ausruf „Za pobedu“ (für den Sieg) stehen sollte. Das „Z“ wird in Russland auch mit nationaler Identität und Patriotismus in Verbindung gebracht und hat noch andere Bedeutungen, wie z.B. „Za Rossiju“ („Für Russland“). Damit ist klar, dass das von Putin bei seiner letzten Ukraine-Offensive Anfang 2022 verwendete „Z“ in Russland mehrere Bedeutungen besitzt, die aber alle in die gleiche nationalistische Richtung weisen.

Da fragt man sich schon allen Ernstes, was dabei im Kopf dieses Staatschefs einer gewaltigen nuklearen Supermacht eigentlich vorgeht, welche über die weitaus meisten und wirkungsstärksten Nuklearwaffen der gesamten Welt verfügt.

Aus der Ferne

So ganz versteht man die aktuelle Rolle der USA gegenüber Russland und vor allem bezüglich der Situation in der Ukraine vor diesem Hintergrund nicht.

Es mag ja sein, dass das alles dem bekannten Wissens- und Erinnerungsdefizit von Donald Trump geschuldet ist; aber natürlich kann es auch andere Gründe für die zahlreichen politischen Fehl-Beurteilungen der USA-Führung geben. Fakt ist jedenfalls, dass vor allem die Europäer unter diesem gewaltigen Qualitätsmangel der US-Administration zu leiden haben. ...und sie alle schweigen. Das kann sicherlich nicht sehr lange gut gehen.

Donald Trump will überall nur Geld für die USA und vor allem für seine Familie einstreichen – und die gesamte Welt schaut dabei einfach zu?

Der Trumpsche Politik-Imperativ lautet: Die „Verbündeten“ der USA sollen all das bezahlen, was die USA ihnen, der Ukraine sowie auch anderen an teuren und zuweilen sogar nutzlosen, zumeist älteren überschüssigen Gerätschaften („Surplus“ heißt das in den USA) zu liefern beliebt. Damit will Trump einerseits das gigantische US-amerikanische Defizit im Staatshaushalt bekämpfen und andererseits über den Umweg von Spenden aus der so begünstigten US-Wirtschaft an seine „befreundeten“ Organisationen, seine politische Propaganda sowie seine eigene Familie finanzieren. Bisher ist es Trump auf solche Art und Weise weltweit glänzend gelungen, mit diesem Geschäftsprinzip, das übrigens in Europa illegal wäre, in den USA und anderswo riesige Summen einzufahren.



Das berüchtigte „Z“ auf russischem Kriegsgerät in der Ukraine hat viele, durchweg nationalistische Bedeutungen.

Möge sie also kommen, die Unausweichliche, die allgemeine Inflation. Einen Vorgeschmack darauf bekommt man allein dann, wenn man heute in einen Supermarkt geht. Lange wird solche persönliche Raffgier in einem öffentlichen Amt jedoch nicht mehr gutgehen können.

Jeder weiß es – niemand sagt etwas – keiner tut etwas dagegen.

Die Armen und sogar die Mittelschichten dieser Erde werden immer ärmer. Die Reichen werden immer reicher. Es scheint so, als ob das himmlische „Armageddon“, der Zeitpunkt der letzten Entscheidung zwischen Gut und Böse, immer näher rücke. Das ist heute keine bloße biblische Fantasie mehr. Angesichts der riesigen nuklearen Arsenale und der wahnwitzigen, damit direkt verbundenen Doktrinen der drei Supermächte – denen heute nichts anderes einfällt, als einen „Kampf bis zur letzten Waffe“ anzustreben – kann nämlich der Überfall Putins auf die Ukraine jederzeit ein echtes irdisches Inferno auslösen.

Dazu müsste lediglich ein erratisch agierender und mit absoluter Macht ausgestatteter Herrscher wie Putin, angestachelt vielleicht von seinen Moskauer Freunden, beschließen, seine erklärten Feinde mit seinen riesigen Nuklearwaffen anzugreifen – nur, um sich vermeintlich selbst zu retten. Jedes „Das wollte ich nicht!“, das in der Regel solchen Wahnsinns-Taten folgt, hat dann keinerlei Bedeutung mehr.

Heute erkennt man diese reale und weltumspannende tödliche Gefahr an jedem einzelnen Tag, der da kommt. Doch noch immer glauben die meisten IBUKs (= Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt), sie könnten das nukleare Risiko beherrschen. Doch genau das können sie nicht.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Anzeige

Verteidigung neu definiert.

Das Gefechtsfeld verändert sich rasant – **HENSOLDT** gestaltet die Zukunft mit Software-defined Defence für Multi-Domain Operations.

Mit modularen, softwarezentrierten Architekturen, Interoperabilität und datengetriebenen Innovationen befähigt **HENSOLDT** Streitkräfte, ihre Fähigkeiten dynamisch und effizient an sich wandelnde Bedrohungen anzupassen.

KI-gestützte Systeme, Cloud-Integration und hochmoderne Sensorik verwandeln Daten in handlungsrelevante Erkenntnisse in Echtzeit.

Wir folgen nicht der Innovation – wir definieren sie.



Der Deutsche Bundeswehrverband richtet sich neu aus

Ein Rückblick auf die Hauptversammlung des DBwV e.V. von Oberstabsfeldwebel Heiko Stotz

Die 22. Hauptversammlung des Deutschen Bundeswehrverbandes hat ein Beispiel dafür gegeben, wie Demokratie funktioniert und wie man in einer großen Vereinsstruktur die Weichen für die Zukunft stellt.

Die „HV“, das waren drei Tage DBwV pur, über 400 Delegierte und Gäste in einem Saal, die ganze Vielfalt des Verbandes. Staatsbürger mit und ohne Uniform, alle Teilstreitkräfte, Organisationsbereiche, alle Statusgruppen – und vor allem: alle Meinungen.

Alles kam auf den Tisch, wurde diskutiert und entschieden. Jeder konnte spüren: Der Verband lebt. Er streitet, er debattiert, er häutet sich und erneuert sich – wie immer, orientiert an der Sache und im besten kameradschaftlich-demokratischen Geist.

Nach vier vorbereitenden Landesversammlungen und dem Treffen des Koordinierungsausschusses fanden die Delegierten schließlich rund 800 Anträge zur Abstimmung auf Ihren digitalen Endgeräten zur Befassung vor. Knapp 350 davon wurden von Ihnen angenommen und stehen nun als Beschlüsse im Lastenheft des neuen Bundesvorstandes.

Den zweiten, nicht weniger wichtigen Bestandteil der Versammlung bildeten die Neuwahlen des Bundesvorstandes.

Die Delegierten der 22. Hauptversammlung wählten Oberst André Wüstner mit einer überwältigenden Mehrheit von 92 Prozent erneut zum Bundesvorsitzenden. Der 51-jährige Stabsoffizier führt den DBwV seit 2013, nun in seiner vierten Amtszeit.



Zu den stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden Stabsfeldwebel a.D. Thomas Schwappacher und Oberstabsgefreiter Marcus Meissner gewählt. Schwappacher ist seit der 21. Hauptversammlung 1. Stellvertreter des Bundesvorsitzenden, Meissner ist neu ins Amt gewählt und folgt OTL Marcel Bohnert nach. Zum Schatzmeister wurde erneut Hauptmann a.D. Jörg Greiffendorf gewählt, Justiziar im Bundesvorstand bleibt Major d.R. Christian Sieh.

Mit einer im Rahmen der Hauptversammlung beschlossenen Satzungsänderung veränderte sich auch die Struktur des Bundesvorstands: Künftig gehören ihm nur noch 21 Mitglieder an. Einige Bereiche sind analog zu den strukturellen Veränderungen in der Truppe neu geordnet worden.

Die vier Fachbereiche mit den jeweiligen Vorsitzenden im Überblick

- *Besoldung, Haushalt und Laufbahnrecht:* OTL i.G. Dr. Detlef Buch
- *Zivile Beschäftigte:* RegAmtInsp Bernd Kaufmann
- *Gesundheitsversorgung:* OStFw Jürgen Kronschnabel
- *Beteiligungsrechte:* OStFw Sascha Altenhofen

Für die Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche

- *Heer:* Vorsitzender OTL Robert Thiele, Stellvertreterin StFw Katja Schwark
- *Luftwaffe:* Vors. OStFw Heiko Stotz, Stv. Hptm Maria Holz
- *Marine:* Vors. Kpt z.S. Kai-Uwe Tetzlaff, Stv. OStBtsm Jens Wohlgemuth
- *CIR:* Vors. OStBtsm Holger Weihe, Stv. StFw Robin Ber
- *ZentrBer:* Vors. Hptm Lukas Jochum, Stv. BOAR Christian Frey
- *UStgBer:* Vors. OStFw Ronny Schlenzig, Stv. O Andreas Chacón Blazquez

Zum Bundesvorstand treten noch die vier Landesvorsitzenden, StFw Volker Keil (West), O Thomas Bär (Nord), OTL a.D. Josef Rauch (Süd), Ralf Baasch (Ost), hinzu, die nicht zur Wahl standen, da sie von den jeweiligen Landeversammlungen gewählt werden.

In dieser Besetzung wird die teilweise neugewählte Führungsmannschaft, unter Leitung des Bundesvorsitzenden Oberst André Wüstner, den mit aktuell über 207.000 Mitgliedern stärksten Berufsverband für alle Beschäftigten der Bundeswehr in die nächsten vier Jahre führen.

Text: Heiko Stotz; DK



Generaloberstabsarzt Dr. Nicole Schilling (li.), Stellvertreterin des Generalinspektors, war ebenfalls zur Hauptversammlung gekommen.

Rat für Auswärtige Angelegenheiten stärkt Europas Verteidigungsbereitschaft

Der Parlamentarische Staatssekretär Sebastian Hartmann hat am 1. Dezember 2025 an der Sitzung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten auf Ebene der Verteidigungsminister und -ministerinnen teilgenommen. Die Ukraine-Unterstützung sowie die Stärkung der europäischen Verteidigungsbereitschaft entlang der priorisierten Fähigkeitsbereiche waren Schwerpunkte der Beratungen in Brüssel.

Staatssekretär Hartmann vertrat Verteidigungsminister Boris Pistorius in Brüssel. Am Treffen unter Vorsitz der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas nahmen auch EU-Verteidigungskommissar Andrius Kubilius, die stellvertretende NATO-Generalsekretärin Radmila Šekerinska sowie – zu Beginn der Sitzung – der ukrainische Verteidigungsminister Denys Schmyhal teil.

Deutsche Unterstützungsleistungen erhöht

Angesichts der anhaltenden russischen Angriffe bekräftigte Staatssekretär Hartmann die deutsche Unterstützung für die Ukraine. Deutschland werde seine Unterstützungsleistungen im kommenden Jahr um weitere drei Milliarden Euro auf insgesamt rund 11,5 Milliarden erhöhen, kündigte Hartmann an. Er begrüßte die Absicht, Reparationsdarlehen für die Ukraine unter Einbeziehung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Verfügung zu stellen – insbesondere auch, um die nachhaltige Versorgung mit militärischem Material zu ermöglichen. Entsprechende Pläne werden derzeit in der EU diskutiert.

„**Die Ukraine kann sich auf Deutschland, kann sich auf Europa verlassen.**“

Parlamentarischer Staatssekretär Sebastian Hartmann

Der Rat erörterte zudem weitere Möglichkeiten, um die Kooperation zwischen der ukrainischen und europäischen Verteidigungsindustrie zu intensivieren. Bereits im Oktober hatten beim Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe der ukrainische Verteidigungsminister Schmyhal und Verteidigungsminister Pistorius ein entsprechendes Memorandum of Understanding zur vertieften Rüstungs-kooperation der beiden Länder unterzeichnet.

Zudem wurden in Brüssel die Erfolge bei der Ausbildungsmission EUMAM Ukraine herausgestellt. Zur Stärkung der Verteidigungs- und Durchhaltefähigkeit des Landes werden seit 2022 ukrainische Sicherheitskräfte in Deutschland und weiteren europäischen Ländern ausgebildet. Bereits über 82.000 ukrainischen Soldatinnen und Soldaten haben an der EU-Trainingsmission teilgenommen.



Europäische Fähigkeiten verbessern: Strategie und Instrumente

Die Teilnehmenden des Rates für Auswärtige Angelegenheiten im Bereich Verteidigung machten klar: Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wollen in den kommenden Jahren ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten spürbar verbessern. Die Ziele sind mehr Investitionen, bessere Koordination der und mehr Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten sowie eine robuste Verteidigungsindustrie, um Abschreckung und Resilienz zu sichern.

Dazu sollen vor allem von den Mitgliedstaaten geführte Fähigkeitskoalitionen mit neun prioritären Bereichen dienen:

- Luftverteidigung und Raketenabwehr
- Artilleriesysteme
- Munition und Raketen
- Drohnen und Anti-Drohnen-Systeme
- Strategische Enabler und Schutz kritischer Infrastruktur
- Militärische Mobilität
- Cyber, KI und elektronische Kriegführung
- Landkriegführung
- Maritime Systeme
- Effizienzsteigerung mit Fähigkeitskoalitionen

Das Konzept der Fähigkeitskoalitionen wird bereits bei der Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte angewandt und ist damit erprobt. Vorgesehen ist, dass einzelne Mitgliedstaaten innerhalb der Fähigkeitskoalitionen eine Führungsrolle übernehmen. Deutschland engagiert sich maßgeblich an mehreren dieser Fähigkeitskoalitionen und kann seine Erfahrungen aus den Capability Coalitions zur Ukraine-Unterstützung einbringen sowie aus von Deutschland ausgehenden Initiativen bei weiteren Entwicklungs- und Beschaffungsvorhaben. Dazu gehören zum Beispiel die European Sky Shield Initiative zur Raketenabwehr oder Projekte mit Verbündeten zur grenzüberschreitenden militärischen Mobilität. Staatssekretär Hartmann stellte die Bedeutung gerade dieses Projekts heraus. Die Möglichkeit, internationale Truppen und Material innerhalb Europas schnell und umfassend verlegen zu können, sei wichtig für die Abschreckungsfähigkeiten. „Es geht darum, Europa gemeinsam stark aufzustellen, um jeden Aggressor abschrecken zu können“, sagte Hartmann.

Die Vorteile gemeinsamer Projekte sind, dass die Mitgliedstaaten Entscheidungsfreiheit behalten und gleichzeitig durch die Kooperationen von niedrigeren Kosten und höherer Interoperabilität ihrer Streitkräfte profitieren. Mit der EDA – der Europäischen Rüstungsagentur – stehen darüber hinaus bereits Strukturen für gemeinsame Rüstungsprojekte zur Verfügung. „Wir wollen gemeinsam mehr beschaffen, wir wollen schneller beschaffen und wir wollen uns auf die Zukunftsfelder konzentrieren“, so Staatssekretär Hartmann. Mit dem kürzlich vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Verteidigungsetat würden sich hier für Deutschland besondere Möglichkeiten ergeben. Er liegt für das Haushaltsjahr 2026 bei über 108 Milliarden Euro.

Text: Florian Manthey



Akademisches Studium und militärische Praxis

Ausbildung von Offizieranwärtern im Ausland

Die Bedeutung der multinationalen Zusammenarbeit innerhalb der NATO wächst. Daher nehmen deutsche Offizieranwärter und junge Offiziere seit einigen Jahren an den Offizierausbildungen wechselseitig in den Niederlanden und Frankreich sowie unilateral in den USA und Großbritannien teil. Wir stellen die Programme im Detail vor.

Ziel der gegenseitigen Ausbildung des militärischen Führungspersonals ist es, für gemeinsame Einsätze ein Verständnis für die jeweilige Führungskultur der beteiligten Partnernationen zu gewinnen. Zudem sollen langfristige Netzwerke etabliert werden, die auf gemeinsamen Erfahrungen in deren Offizierkorps basieren.

Offizierausbildung in den Niederlanden

Seit 2017 nehmen jährlich bis zu fünf ausgewählte Offizieranwärter des Deutschen Heeres an der einjährigen Offizierausbildung in den Niederlanden teil. Im Gegenzug kann die gleiche Anzahl niederländischer Offizieranwärter eine vergleichbare Ausbildung in Deutschland durchlaufen. Somit beruht das Programm auf Wechselseitigkeit und ist damit kostenneutral. Bislang haben rund 50 deutsche und niederländische Soldatinnen und Soldaten dieses Ausbildungsprogramm durchlaufen.

Enge deutsch-niederländische Zusammenarbeit

Die Verzahnung zweier NATO-Heere ist im Fall von Deutschland und den Niederlanden am weitesten fortgeschritten. Diese Kooperation ist ein herausragendes Beispiel für enge europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Seit März 2016 ist die niederländische 43. Mechanisierte Brigade (43 Gemechaniseerde Brigade) der 1. Panzerdivision der Bundeswehr unterstellt. Rund 3.000 niederländische Soldatinnen und Soldaten sind in den deutschen Großverband integriert. Bereits 2014 wurde die 11. Luftbewegliche Brigade (11 Luchtmobiele Brigade) in die Division Schnelle Kräfte eingegliedert. Mit der Integration der 13. Leichten Brigade (13 Lichte Brigade) in die 10. Panzerdivision im Jahr 2023 unterstehen inzwischen alle drei niederländischen Brigaden deutschen Divisionen. Zudem hat das I. Deutsch-Niederländische Korps als NATO-Stab unter Führung beider Heere seinen Sitz im westfälischen Münster.

INFO



Die Offizierausbildung in den Niederlanden findet an der traditionsreichen seit 1828 bestehenden Koninklijke Militaire Academie (KMA) in Breda statt. Die Königliche Militärakademie in der Provinz Noord-Brabant ist eine von zwei niederländischen Militärakademien, an denen Offiziere für die Streitkräfte ausgebildet werden. Während die Ausbildung zum Offizier in Frankreich und den Vereinigten Staaten fünf beziehungsweise vier Jahre in Anspruch nimmt, ist diese an der KMA genau wie in Großbritannien auf ein Jahr begrenzt.

Das Ausbildungsjahr an der KMA ist folgendermaßen aufgeteilt:

- 13 Wochen Erlernen der militärischen Basisfähigkeiten, darunter Entscheidungsfindung, Befehlsgebung, Führungsverhalten, körperliche und geistige Robustheit, mehrere Biwak-Phasen
- 7 Wochen Führerausbildung mit Studien- und Praxismodulen sowie der Qualifikation als Gruppen- und Zugführer
- 4 Wochen Internationales Recht und Militärdoktrin
- 8 Wochen mit dem Schwerpunkt auf Führung unter Einsatzbedingungen
- 8 Wochen Zusammenführen und Anwenden aller vorherigen Ausbildungsinhalte unter steigender Belastung und Komplexität

Bei der niederländischen Offizierausbildung wird Führungsverantwortung ab dem ersten Tag erwartet. Das Lernen aus praktischen Erfahrungen steht im Vordergrund. Persönliches Feedback und Selbstreflexion sind feste Bestandteile der Ausbildung, verbunden mit Kameradschaft und persönlichem Engagement als Mitglied des Kadettenkorps. Dabei lernen die Offizieranwärter die Truppengattungen bei Besuchen vor Ort kennen und nehmen an militärhistorischen Exkursionen nach Frankreich und Belgien teil. Außerdem absolvieren sie die Gebirgsausbildung in den Alpen.



Die Zeit an der KMA war zu jedem Zeitpunkt herausfordernd, spannend und kompetenzerweiternd. Mir wurde die Möglichkeit gegeben, mich zu einem militärischen Vorgesetzten zu entwickeln und erste Schritte als Zugführer zu wagen. Zudem wurde mir gezeigt, wie man mit Rückschlägen umzugehen hat.

Fähnrich T., Teilnehmer im Ausbildungsjahr 2020/2021

Text: PIZ Heer



Zu den Basisfähigkeiten, die bei der Offizierausbildung vermittelt werden, gehören auch praktische infanteristische Übungen, wie hier der Orts- und Häuserkampf.

© Bundeswehr/Carl Schulze

Zukunftsfähig werden

Birds Group – das neue Innovationsnetzwerk

Das Heer setzt ein klares Signal: Innovation soll künftig schneller, näher an der Truppe und deutlich wirksamer entstehen und praktisch umgesetzt werden. Die neu eingerichtete Birds Group beim Kommando Heer, dem Stab des Inspektors, verbindet Ideen aus den Verbänden mit den Innovationsakteuren der Bundeswehr.

Die Birds Group wird zur zentralen Anlaufstelle für unbemannte Systeme, technische Neuerungen und taktische Erprobung im Bereich der Landstreitkräfte. Der „Blick von oben“, der die Übersicht auf ein breites Lagebild ermöglicht und Entscheidungsgrundlagen liefert, verleiht der Gruppe ihren Namen.

Die Struktur, die neu geschaffen wird, ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu mehr Einsatzbereitschaft und technologischer Zukunftssicherheit. Die Aufgabe der Birds Group ist es, durch Vernetzung, Expertise und Offenheit für neue Lösungen die Innovationskultur der Bundeswehr zu stärken. Wie lässt sich das realisieren?



In der Birds Group wird künftig das Innovationspotenzial des Deutschen Heeres gebündelt und unter eine einheitliche Führung gestellt. Es gilt, neue Technologien, Verfahren und Ideen in kurzer Zeit einsatzreif zu machen. (Symbolbild)

Nutzen für die gesamte Bundeswehr

Mit der Birds Group wird ein Knotenpunkt auf höchster Führungsebene im Heer geschaffen, der Innovationen schneller identifiziert, bündelt, mit den anderen Akteuren außerhalb des Heeres abstimmt und in die Fläche bringt. Davon soll später die gesamte Bundeswehr profitieren, weil erfolgreiche Ansätze aus der Truppe schneller sichtbar werden und sich dann auf andere Bereiche übertragen lassen. Das Deutsche Heer stärkt damit seine Rolle als Innovationstreiber und stellt die wichtigen Ideen und Anregungen, die es in der Truppe bereits gibt, unter eine einheitliche Führung.

Die Birds Group ersetzt damit nicht die Verantwortung der Führung auf allen Ebenen sowie in der jeweiligen Fachlichkeit. Sie wird künftig durch ihren Führungsauftrag den Austausch mit zentralen Innovationsakteuren der Bundeswehr fördern und es erleichtern, neue Technologien, Verfahren und Ideen in kurzer Zeit einsatzreif zu machen. So stärkt sie die Fähigkeit aller Teilstreitkräfte, moderner, vernetzter und handlungssicherer in zukünftige Lagen zu gehen.

Text: PIZ Heer

Anzeige

GEBEN SIE DEM Gedanken nicht nach, eine Horde
AFFEN könnte Ihre Öffentlichkeitsarbeit machen,
 wenn Sie denen nur genug
ZUCKER geben.



Geben Sie ihre PR lieber
in erfahrene Hände.

STUBE 318 Public Relations Services
 Tel.: +49 6421 18329-00, info@Stube318.de



STUBE 318
 PUBLIC RELATIONS SERVICES

Einführung von „SVI-Connect“ für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

Ab dem 01. Januar 2026 wird die strukturierte Plattform „SVI-Connect“ zur Erleichterung des Upscaling in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nutzbar sein. Für eine Registrierung der Unternehmen, die bisher nicht in den Lieferketten vertreten sind, aber mitmachen wollen, wird die Plattform unter www.svi-connect.com aufrufbar sein.

Gleichzeitig unterstützt SVI-Connect die zivile Industrie bei der Erfüllung grundlegender Zulassungsvoraussetzungen sowie bei notwendigen Zertifizierungen und Qualifizierungen, um als verllässlicher Lieferant für die SVI tätig werden zu können. Das erklärte Ziel der Initiative ist es, die Defence Readiness Deutschlands durch verbesserte Transparenz und Vernetzung nachhaltig zu unterstützen.

Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV), begrüßte als einer der maßgeblichen Mitinitiatoren nachdrücklich die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Einrichtung einer Matchmaking-Plattform für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI).

„Unser Verband hatte die Anregung zur der vom Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf, Logistik – BME – erarbeiteten und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie – BMW – unterstützten Plattform SVI-Connect gegeben, um so eine schnelle Ergänzung bestehender Rüstungs-Lieferketten durch geeignete Ressourcen aus anderen industriellen Branchen zu ermöglichen. Jetzt kommt es darauf an, unsere Bundeswehr und alle zur Gesamtverteidigung aufgerufenen Sicherheitsorgane so auszustatten, dass wir schnellstmöglich komplett abschreckungsfähig und resilient sind. Dafür wird der Bund aus seinem ansteigenden Verteidigungshaushalt bis zum Jahr 2029 rund 200 Mrd. Euro allein für Rüstung ausgeben. Dies erfordert von der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ein weiteres und schnelles Upscaling ihrer Produktionskapazitäten. In bestimmten Programmen werden dazu Beiträge aus anderen Bereichen der deutschen Wirtschaft erforderlich sein, die über die neue Plattform in professionell gemanagter Form transparent und nutzbar gemacht werden sollen. Allerdings kann die Plattform gerade solche Unternehmen, die bisher über keine Erfahrungen im Rüstungsbereich verfügen, nicht davon befreien, sich parallel in eigener Initiative für einen Platz in den Rüstungslieferketten vorzubereiten und zu qualifizieren. Hierzu versucht die Plattform zwar ebenfalls Unterstützung zu vermitteln, unternehmerische Eigeninitiative bleibt aber der Schlüssel zum Erfolg. Wenn es um ein Lieferverhältnis zu den bekannten Defence-OEMs geht, sind auch deren Zulieferportale am Ende die maßgebliche Schleuse“, so Atzpodien.

SVI-Connect Plattform

Die SVI-Connect Plattform verbindet gezielt Bedarfsträger mit strategischen Industriepartnern in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI).

Das Ziel: Konkrete Bedarfe und qualifizierte Lieferanten strukturiert abbilden, Transparenz schaffen. Damit bildet SVI-Connect die Grundlage für eine resiliente Supply Chain.

BDSV & BME

Vernetzung

Markttransparenz

© svi-connect.com; screenshot: DK

Die Plattform SVI-Connect soll Bedarf und Anbieter zusammenbringen.

Für Unternehmen, die bereits in den Rüstungslieferketten engagiert sind, soll die Plattform vor allem eine maßgebliche Unterstützung bei der Evaluierung und Kontaktaufnahme mit anderen Lieferanten innerhalb der SVI und über die SVI hinaus sein. Sie schafft so effiziente Zugänge zu möglichen relevanten Partnern und deren Ressourcen.

Die Bedarfe in den Rüstungslieferketten sind jedoch vielfach anders geartet, als es beispielsweise Automobilzulieferer gewöhnt sind. Die anstehenden Rüstungs-Herausforderungen können daher nicht generell die Unterauslastung, die aktuell im Automobilbereich entstanden ist, auffangen. Es geht eher um einzelne Beiträge, die passgenau zu den Anforderungen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auf der jeweiligen Lieferstufe kompatibel gemacht werden müssen.

Viele bisher zivil geprägte Unternehmen könnten die wehrtechnische Produktion in Deutschland ergänzen.



Text: BDSV; DK

Regeneration der „Dezentrale Serversegmente Einsatz“ erfolgreich abgeschlossen

Das Unternehmen HENSOLDT hat im Rahmen der im September vergangenen Jahres begonnenen Lieferung der Regeneration der Dezentralen Serversegmente Einsatz, DSE, nun die letzte Tranche der überarbeiteten Komponenten an die Bundeswehr übergeben. Es wurden Transport- und Betriebsbehälter, inklusive der dazugehörigen Energieklimamodule und Segmentgrundausrüstungen, ausgeliefert.

Die DSE bilden ein modulares, skalierbares und verlegefähiges Einsatzsystem, das für die Datenverarbeitung in beliebigen Client-Server-Infrastrukturen der Bundeswehr ausgelegt ist und sowohl im Systemverbund als auch im Stand-Alone-Betrieb (offline) operieren kann. Auf diese Weise stellt es alle notwendigen Dienste sowie Systemressourcen für den Betrieb einer „Back Office“-Lösung bereit. Je nach Missionszweck kann darüber hinaus eine Anpassung des Systems mit zusätzlicher Software erfolgen.

Für einen weltweiten Einsatz in nahezu allen Klimazonen und unter widrigsten Bedingungen nutzen die deutschen Streitkräfte seit Beginn der 2010er Jahre das Dezentrale Serversegment Einsatz. In der zurückliegenden Dekade konnte sich das System vielfach in Übungen und Einsätzen bewähren. HENSOLDT unterstützte die Nutzung durch kontinuierliche und intensive Betreuung der Bestandssysteme sowie die Bereitstellung von speziellem Ausbildungs- und Betriebsmaterial. Gemeinsam mit dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, BAAINBw, wurden die DSE kontinuierlich aktualisiert und zahlenmäßig erweitert.

Den Kern des Projekts bilden die einsatzbewährten Server-Segmente in robusten Transport- und Betriebsbehältern. Mit ihnen kann der militärische Nutzer schnell und flexibel sichere IT-Systeme vor Ort realisieren.

Durch eine Vielzahl von technischen Anpassungen konnte HENSOLDT ein zukunftssicheres System (weiter-)entwickeln, das neben deutlich verbesserten Leistungswerten auch ein Höchstmaß an Informationssicherheit bietet. Weiterhin unterstützt das Unternehmen die Bundeswehr bei der Ausbildung des IT-Bestandspersonals mit zugeschnittenen Schulungen durch erfahrende Experten und speziellen Beihilfen zur Integration des Systems.

Text: HENSOLDT; DK



IM PRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

